

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 5

Artikel: Rechts und links in der SPD
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

¹⁰ Schindler, a. a. O. S. 85

¹¹ Schindler, a. a. O. S. 68

¹² Marti, a. a. O. S. 87

¹³ So ausführlich bei: Peter Felix Müller «Das Wahlsystem», Zürich 1959

¹⁴ Karl Kautsky, «Parlamentarismus und Demokratie», Stuttgart 1911, S. 93

¹⁵ Jürg Steiner, «Bürger und Politik», Meisenheim am Glan, 1969, S. 74

¹⁶ Schumpeter, a. a. O. S. 453, Anm. 3

¹⁷ Theodor Eschenburg, «Staat und Gesellschaft in Deutschland», S. 187

¹⁸ ???

¹⁹ Z. Giacometti, «Das Staatsrecht der Kantone», Zürich 1941, S. 231, einerseits, M. Usteri, «Ausübung des Stimm- und Wahlrechts nach freiheitsstaatlichen Prinzipien», Basel 1959, andererseits.

²⁰ Erich Gruner, «Die Parteien in der Schweiz», Bern 1959, S. 247

Rolf Reventlow

Rechts und links in der SPD

Heftige Auseinandersetzungen in der Münchener SPD, die Ende Februar 1971 zur Abwahl des Ortsvorstandes der Partei und dann zur Neuwahl des engeren Vorstandes führten, haben die allgemeine Aufmerksamkeit weit über die Grenzen der bayerischen Landeshauptstadt, ja sogar über die der Bundesrepublik Deutschland auf sich gezogen. Worum ging es da eigentlich? Im innerparteilichen Sprachgebrauch in München selbst spricht man verallgemeinernd von Auseinandersetzungen zwischen «rechts» und «links» oder auch zwischen konservativ oder progressiv. Seit der Neuwahl eines «jungen» Vorstandes im März 1970, der mit einem neuen Ortsstatut in gewissem Sinne eine neue Epoche der örtlichen Parteigeschichte einleitete, formierten sich diese Strömungen, die jedoch nicht ohne weiteres mit der scharfen, politisch begründeten Abgrenzung gleichgesetzt werden können, die beispielsweise bei den «correnti» der italienischen Sozialisten – oder auch der Christdemokraten – üblich sind und diese Parteiorganisationen als eine Art Konföderation kleiner Richtungsparteien erscheinen lassen.

In München – und auch anderwärts in der Bundesrepublik unter sehr unterschiedlichen örtlichen Bedingungen – begannen richtungsmässige Auseinandersetzungen schon vor Jahr und Tag in der Form von Differenzen zwischen dem in altgewohnter Routine arbeitenden Vorstand, der 16 Jahre lang von dem Landtagsabgeordneten Hans Demeter geleitet wurde und den Jungsozialisten. Nach den Statuten sind die Jungsozialisten in Westdeutschland eine Arbeitsgemeinschaft, also eine Art Arbeitsgruppe, wie sie auch für Juristen, für selbständig Schaffende oder für die Frauen in der Partei örtlich, regional oder auch für das Bundesgebiet bestanden und bestehen. Natürlich gab es immer schon kleinere Differenzen zwischen den Jüngeren und den Älteren. Politische Akzente von gewisser Bedeutung wurden dabei eigentlich erst bei dem Bundeskongress der

Jungsozialisten 1970 und nun wieder dieses Jahr durch den Juskongress in Bremen gesetzt. Zuvor waren die Jungsozialisten-Bundeskongresse nicht nur politisch bedeutungslos, sondern auch hinsichtlich der Jugendarbeit innerhalb der Partei wenig richtungweisend. Nunmehr aber tauchte in Konsequenz starker numerischer Zunahme der örtlich-regionalen Arbeitsgemeinschaften und der jungen Mitglieder in der SPD eine lebhaft politisch diskutierende Jugend auf, die man gelegentlich als eine Unterwanderungstruppe der einstigen Ausserparlamentarischen Opposition (APO) abzutun versuchte. Das war diese Jugend nun ganz und gar nicht. Vielmehr zeigte sich, dass auf der Linken der nihilistische Aktivismus der APO ziemlich abgewirtschaftet hatte, seit innerhalb der SPD eine Jugend auftrat, die überaus wenig Ehrfucht vor altgedienten Genossen oder alten Bräuchen an den Tag legte.

Natürlich fehlte es da nicht an Misstönen und politischen Fehlleistungen, so wilde Ho-Chi-Minh-Rufe bei Erörterungen des Vietnamkrieges oder auch eine persönlich verletzende Abwahl des vorherigen Vorsitzenden, obwohl dessen Amtszeit sowieso zu Ende war. Der Juso-Kongress setzte zudem kurzerhand das Referat des Bundesgeschäftsführers Wischnewski von der Tagesordnung ab und verprellte damit unnötig den Vorstand der Partei. Die jungen Genossen waren unzufrieden, dass «nur» der Geschäftsführer – und Abgeordneter des Bundestages – gekommen war. 1971 jedoch erschienen der Parteivorsitzende Willy Brandt und sein Stellvertreter Herbert Wehner, um mit den Jusos zu diskutieren. Sie diskutierten in dem Bestreben, die Politik der amtierenden sozial-liberalen Koalitionsregierung, aber auch die allgemeine Ausrichtung der Partei verständlich zu machen. Die Atmosphäre war gut, aber es verblieben erhebliche Unterschiede in der Beurteilung und vor allem der Zielsetzungen zwischen Partei und den Jusos. Zwischendurch gab es in Frankfurt a/M. Richtungskämpfe, an denen massgebliche Juso-Funktionäre stark beteiligt waren und denen, wohl aus eigener Schuld, ein Polizeipräsident zum Opfer fiel. Es gibt aber auch an massgebender Stelle der Partei Persönlichkeiten, die als «links» eingestuft werden, so beispielsweise der Landesvorsitzende der SPD im nördlich gelegenen Schleswig-Holstein, Jochen Steffen. Dieses «Linkssein» stellt sich in erster Linie in einer stärker akzentuierten grundsätzlichen Grundhaltung dar, die dem vorherrschenden Pragmatismus in der SPD nicht entgegensteht, wohl aber Ziele zu setzen versucht, die über das heute Mögliche hinausgehen. Bei anderen bekannten Sozialdemokraten klingt es etwas allgemeiner und emotionaler, so wenn etwa der sozialdemokratische – recht originelle – Renommierkapitalist, der Porzellanfabrikant Philip Rosenthal – seit 1969 sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter –, erklärte: «Mir steht die Partei zu weit rechts.»

Ein junger, sich selbst als «links» einstufender Delegierter zum Parteitag 1970 in Saarbrücken hatte von dieser Tagung folgendes «Richtungs-

bild» entworfen: 1. Progressiver linker Flügel (darunter Juso-Delegierte) ungefähr 70 Parteidilegierte; 2. aufgeschlossene, nicht autoritätsfixierte Mittelgruppe ungefähr 100; 3. schweigende Mehrheit, die sich stets nach Vorstandsempfehlungen richtet 120; 4. eine pragmatische Rechte, selbstbewusst und artikuliert, ungefähr 50 Delegierte, in erster Linie Mitglieder des Vorstandes. Diese Darstellung ist natürlich nur ein Versuch, die Teilnehmer des Parteitages in Tendenzgruppen einzurichten, wobei die Grenzen fliessend bleiben. Deutlicher artikuliert ist naturgemäß die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten. Sie hatte, von unendlichen Geschäftsordnungsdebatten abgesehen, 1970 eine nicht geringe Anzahl politischer Resolutionen verfasst, zu denen dann der Vorstand der SPD in einer 83-seitigen Broschüre im einzelnen Stellung genommen hat. Er prüfte jede Einzelfrage, ob sie realisierbar, wünschenswert oder abzulehnen sei. In gleicher Weise hat er auch zu den diesjährigen Beschlüssen in Bremen Stellung genommen (40 Seiten). Zu einigen Fragen hat sich der Vorstand der SPD, zusammen mit dem – nur konsultativen – Parteirat, bereits geäussert. Diese Äusserungen betreffen in erster Linie gewisse Tendenzen der Jusos, sich nicht hinreichend deutlich von den Kommunisten abzugrenzen; aber auch die stets wiederkehrende Forderung nach «gesellschaftspolitischen» Reformen, darunter der Vergesellschaftung wesentlicher Teile der Produktion. In einem Land, in dem der moderne Kapitalismus nach einem totalen Zusammenbruch so erfolgreich war und bislang bleibt wie in der Bundesrepublik, ist das naturgemäß kein Mittel der Wahlwerbung. Prof. Karl Schiller, derzeit Wirtschaftsminister und Vertreter einer grundsätzlich liberalen Wirtschaftsauffassung, reagierte parteihaltend mit den Worten: «Wir in unserer Partei sorgen schon dafür, dass jene kleinen Gruppen unsere Politik nicht umfunktionieren in eine Politik des linken Leichtsinns . . .» So hat denn auch der Parteivorstand – zu den Bremer Beschlüssen der Jusos – festgestellt:

«Die SPD bejaht den freien Wettbewerb und die freie Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums, wo immer sie zur Erreichung dieser Ziele geeignet ist . . .»

In dem in diesen Auseinandersetzungen stets – und zuviel – zitierten Godesberger Programm wird allerdings nicht nur die freie Unternehmerinitiative als der wirtschaftlichen Weisheit letzter Schluss gepriesen, sondern auch im Abschnitt «Eigentum und Macht» von der Macht gesprochen, die von der Unternehmenskonzentration ausgeht. Und das Gemeineigentum sei, so das Programm, eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichten könne. Bislang ist das eine sehr platonisch verwendete Formel geblieben. Es ist daher verständlich, wenn die Jungen, die den Begriff «Sozialismus» nicht in der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform erschöpft sehen, die Unternehmerfreundlichkeit des Wirtschaftsministers nicht immer für die reine lautere Auslegung des Grundsatzprogramms anzusehen bereit sind.

Ein anderes Problem ist das Verhältnis zur DKP und zum Kommunismus überhaupt. Der Bundesvorstand und der Parteirat der SPD haben zu dieser Frage in einem sogenannten «Papier» Stellung genommen, das in Darstellung und Formulierung nicht sonderlich überzeugend wirkt. Da wird beispielsweise von den «kommunistischen Irrlehrn» gesprochen, die von der SPD kompromisslos abzulehnen seien, eine mehr theologische als politische Terminologie. Sonderbarerweise wird in diesem Text die abwegige Behauptung aufgestellt, eine Reihe kommunistischer Parteien in Westeuropa hätten den Prager Frühling als «mögliches Vorbild für kommunistische Machtausübung in Ländern mit demokratischer Tradition begrüßt», und die Italienische Kommunistische Partei halte an diesem Standpunkt heute noch fest. Ähnlich abwegig ist es auch, wenn die gleichen Gremien sich gegen vorgebliche Versuche wenden, aus der SPD eine «totalitäre Kaderorganisation» oder einen «anarchistischen Sektiererkubl» zu machen. Hier demonstriert sich die Folgeerscheinung des totalen Mangels an theoretisch-sozialistischer Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie, lange vor Godesberg.

In der bayerischen Landeshauptstadt München ging es auch, aber nicht ausschliesslich, um derartige Probleme, als am 27. Februar 1971 der Ortsvorstand abgewählt wurde. Ein an erster Stelle vom amtierenden Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Vogel, unterschriebener Misstrauensantrag gegen den Vorstand wurde nach heissen Debatten mit einer nicht sonderlich imposanten Mehrheit angenommen. Da er individuell gestellt werden musste, variierte das Stimmenverhältnis zwischen 119 zu 93 und 128 zu 85 Stimmen. In der darauffolgenden Konferenz wurde dann Dr. Vogel mit 130 gegen 69 und bei 25 Enthaltungen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Bei den Mitgliedern des neuen engeren Vorstandes hatten, mit einer Ausnahme, die von Dr. Vogel persönlich – und zwar erst in der Konferenz selbst – vorgeschlagenen Kandidaten weniger Glück. Sie wurden allgemein als «konservativ» eingestuft. Ihnen stand in jedem Fall ein «progressiver» Kandidat entgegen, wobei die Abstände zwischen den Stimmenzahlen gering waren, die «progressiven» Kandidaten mithin an Popularität im Parteivolk kaum oder nicht nachstanden. In einem Fall unterlag sogar der von Dr. Vogel benannte Kandidat dem «progressiven» Vorschlag.

Die Besonderheit der Auseinandersetzungen¹ in der Münchner SPD liegt jedoch nicht in diesem Misstrauensvotum gegen einen Ortsvorstand und seine Ersetzung durch einen anderen begründet. Es geht hier auch um die Person des neuen Vorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel, der in München seit 1960 als Oberbürgermeister besondere Popularität geniesst und bei den letzten Wahlen – in direkter persönlicher Volkswahl – 78,8 Prozent der Stimmen errang. Die Stellung des ersten Bürgermeisters ist in

¹ Der Schreiber dieser Abhandlung gehört der SPD seit 52 Jahren an. Er kann sich nicht auf einen ähnlichen Vorfall in irgendeinem Ort Deutschlands besinnen.

Bayern besonders ausgeprägt, im Gegensatz zu den Gemeindeordnungen anderer deutscher Länder. Dies verführt bei einer starken Persönlichkeit naturgemäß zu einem Führungsstil eigener Art, der im Zuge der Verlebendigung der politischen Diskussion nicht nur durch die Jusos, sondern auch der aktiven Funktionäre und Mandatsträger der jüngeren Generation bereits kurz nach der Wahl des neuen Vorstandes zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Oftmals mag die respektlose Jugend, für die erworbene Renommee kein Anlass zu unbegrenzter Ehrfurcht bedeutet, der eigentliche Anlass zu den einsetzenden Konflikten gewesen sein. Dann aber ging es um den Nachfolgekandidaten als Oberbürgermeister nach 1972. Dr. Vogel liess zuerst einmal wissen, er kandidiere nach 12 Jahren Amtszeit nicht mehr. Als sich im Verlauf einer Vorstellungstournee der Nachfolgekandidaten durch die Kreisverbände der Münchener SPD deutlich abzeichnete, dass der junge und populäre Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt im Vordertreffen lag und die zuvor von Dr. Vogel gegebene Empfehlung sich nicht durchsetzen werde, revidierte Vogel seine Ansicht und erklärte, er werde nun doch nochmals als Oberbürgermeister kandidieren. Angesichts seiner in 12 Jahren Amtszeit in München erworbenen Popularität bedeutete dies die sichere Aussicht, dass nach 1972 wiederum der Sozialdemokrat Dr. Vogel Oberbürgermeister sein würde und die SPD im Stadtrat mit ebenso grosser Sicherheit ihre Mehrheit von 35 auf 60 Sitzen halten werde.

Eine erneute Meinungsänderung des Oberbürgermeisters erfolgte am 18. Februar 1971. Auf dem sehr ungewöhnlichen Wege einer in einem Presseklub abgegebenen Erklärung, von dem die Parteimitglieder durch die Presse unterrichtet wurden, gab Dr. Vogel bekannt, er verzichte nun doch auf die Investitur als Kandidat für 1972, da seine Politik für die Stadt München durch die Mehrheit des amtierenden Vorstandes «in zunehmendem Masse gestört und behindert werde». Insoweit hätte man diesen Paukenschlag, wie die Erklärung in der Presse der ganzen Bundesrepublik bezeichnet wurde, als Ausfluss persönlicher Differenzen bezeichnen können. Ein naiver Professor der Politikwissenschaften, Wilhelm Hennis aus Freiburg im Breisgau, veröffentlichte einen Kommentar unter der Überschrift «Der 18. Brumaire des Dr. Vogel» und meinte, auch Napoleon habe zu diesem Datum – im Jahre 1799 – eben den Beruf gewechselt und sei in die Politik gegangen. Der historische Datumsvergleich lässt jedoch eher an das Buch von Karl Marx «Der 18. Brumaire des Louis Napoleon» denken. Dr. Vogel wollte nicht Kaiser von Frankreich, wie damals der Prinz Louis Napoleon, wohl aber Vorsitzender der Münchener SPD werden, und zwar auf plebiszitär-emotionalem Wege. Die Belegschaft des Schlachthofes demonstrierte, mit Genehmigung des Direktors, für «ihren obersten Dienstherrn». In der Grossmarkthalle fand eine ähnliche Kundgebung statt, und eine Abordnung von Strassenbahnhern kündigte eine Arbeitsniederlegung an. Tatsächlich handelte es sich um einen

Richtungskampf, wie es ihn in dieser spektakulären Form noch nirgends in der SPD gegeben hatte. Dr. Vogel behauptete nämlich in seiner Proklamation vom 18. Februar, die Mehrheit des Vorstandes erstrebe eine «dogmatische Ideologisierung», in deren Mittelpunkt ein abstraktes System stände, stelle masslose Programme auf, durch welche die Partei schizophren erscheine, stelle den Rechtsstaat in Frage und bediene sich eines «lautstarken, teilweise bereits fanatischen Wortradikalismus». Überdies sehe der – damalige – Vorstand der Umwandlung der Juso-Arbeitsgemeinschaft in eine Fraktion der Partei tatenlos zu. Natürlich wurde all dem heftig widersprochen, doch die Popularität des Oberbürgermeisters, dessen Leistungen als solche ausser Diskussion stehen, war stärker als jegliches Argument. In Anwesenheit von über 200 Journalisten, zahllosen Fernsehkameras und Fotografen ergab die Konferenz nach zehnstündiger Dauer das schon erwähnte Resultat. Womit jedoch die Richtungskämpfe in der Stadt München keineswegs beendet sind. Da von den elf Kreisverbandsvorsitzenden, die mit dem engeren Vorstand den Gesamtvorstand bilden, mindestens sieben zum «progressiven» Flügel gerechnet werden, haben sich durch diese Vorkommnisse die innerparteilichen Fronten am Ort eher versteift denn gelöst.

Auch in München kam das Argument in die Debatte, es müsse verhindert werden, dass aus der SPD eine «linkssozialistische Kaderpartei» oder ein «anarchistischer Sektiererklub» werde, was dann Ende März vom Bundesausschuss der Jungsozialisten als eine «diffamierende Unterstellung» bezeichnet wurde. Man stehe selbstverständlich auf dem Boden des Godesberger Programms und unterstütze die sozial-liberale Bundesregierung. Diese Loyalitätserklärung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es, unabhängig vom Grundsatzprogramm, verschiedene Ideenrichtungen in der heutigen SPD gibt, von der man die eine spiessbürgerlich-pragmatisch und die andere fortschrittlich nennen könnte, die jedoch alle beide die Einheit der Partei als Organisation und als politisches Aktionszentrum trotz allem nicht in Frage stellen.

«Wie kaum ein anderes Gebiet der Bundesaufgaben ist die Wissenschaftspolitik Ausdruck einer sich von Grund auf wandelnden Gesellschaft. Nicht nur der Wohlstand der Nationen, sondern auch ihre Geltung und ihr Einfluss werden immer entscheidender und sichtbarer vom Erfolg ihrer Bemühungen in Forschung und Entwicklung abhängig... Ich bin überzeugt, dass wir die Fähigkeit und die Mittel haben, um auf diesem schwierigen Gebiet Erfolg zu erzielen. *Voraussetzung ist, dass unsere Bevölkerung diese Bestrebungen bejaht und unterstützt.*»

Bundesrat H. P. Tschudi
